



Gudrun Kirchoff

# Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten



Der folgende Beitrag basiert auf Ergebnissen des von 2015 bis 2018 durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführten Projektes „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“ (Reimann et al. 2018a, 2018b). An dem Projekt waren neun Kommunen als Praxispartner beteiligt, die einen vergleichsweise hohen Zuwanderanteil aufweisen und deren Innenstädte mit Funktionsverlusten konfrontiert sind: Gernersheim, Goslar, Ilmenau, Michelstadt, Mühlacker, Saarlouis, Steinfurt, Weißenfels und Zittau. Die ausgewählten Kommunen stehen modellhaft für die Situation in den Klein- und Mittelstädten der ländlich strukturierten Regionen.

Ziel des Projektes war es, mit einem aktivierenden Forschungsansatz dazu beizutragen, den Blick städtischer Migrations- und Integrationspolitik auf die Potenziale und Ressourcen der zugewanderten Bevölkerung zu richten, ihre sozialräumliche Integration insbesondere in den innerstädtischen Wohnbereichen zu verbessern und die gesellschaftliche Teilhabe der Migrantinnen und Migranten zu stärken. Ein besonderer Fokus lag daher auf der Bedeutung von Zuwanderung für die Innenstadtbereiche und wiederum der Bedeutung der Innenstädte

für die Integration. Eine zentrale Rolle kommt dabei den Kommunalverwaltungen und kommunaler Politik zu, da sie die Rahmenbedingungen setzen und durch ihr Handeln Prozesse der Integration fördern können. Mit der Betrachtung sozialer Prozesse in Verbindung mit baulich-räumlichen Entwicklungen stellte sich die Frage, wie integrationspolitische mit stadtentwicklungspolitischen Handlungsansätzen stärker verknüpft werden können. Ausgangsthese war, dass im Zusammenspiel von baulich-infrastrukturellen und sozial-integrativen Maß-

nahmen positive Entwicklungsimpulse für das Zusammenleben in den und die städtische Identität der Klein- und Mittelstädte erwartet werden können.

Der Beitrag diskutiert deshalb die Bedeutung der Innenstädte für die Klein- und Mittelstädte, stellt das Zuwanderungsgeschehen und die sozialräumliche Verortung Zugewandelter in den Klein- und Mittelstädten dar und fragt nach der Rolle der Innenstädte für Begegnung und Kommunikation.

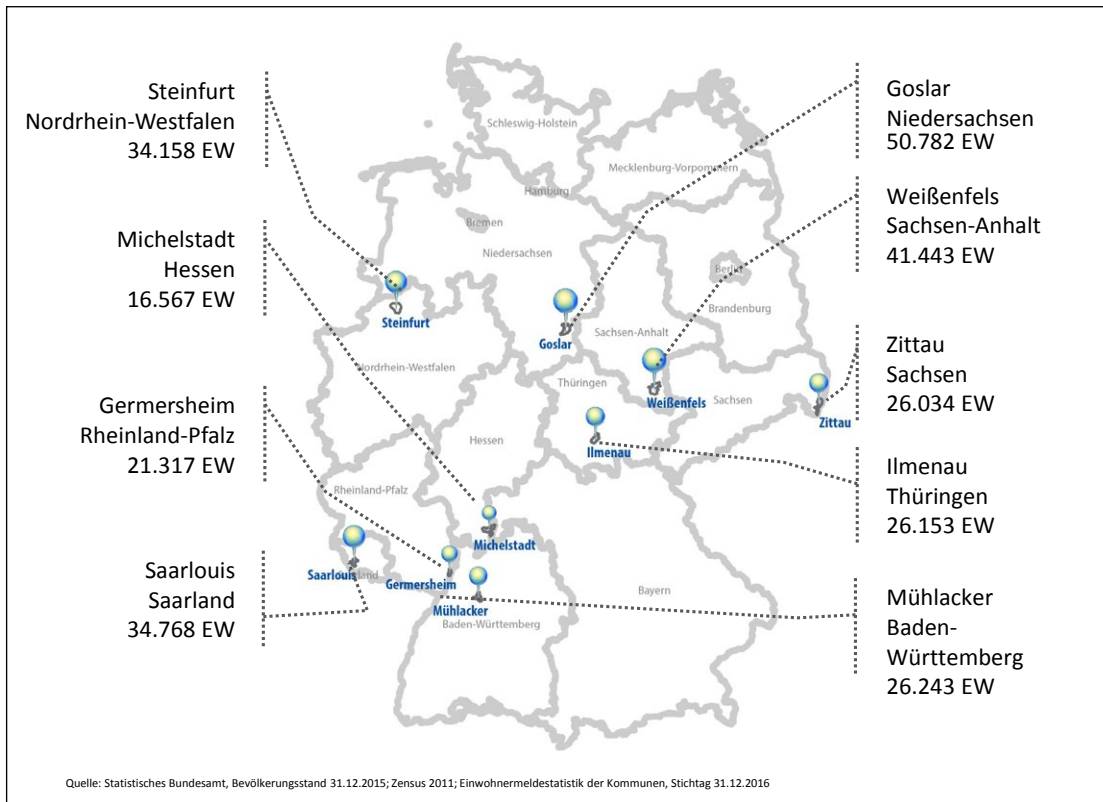


Abb. 1: Projektkommunen (eigene Darstellung Difu)



## Bedeutung der Innenstadt

Die Innenstädte/Zentren in den Klein- und Mittelstädten sind Kristallisationspunkte des gesellschaftlichen Lebens. Als zentrale Orte begünstigen sie das Aufeinandertreffen von Menschen verschiedener Kulturen und Lebenslagen, tragen zu einer Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit „ihrer“ Stadt bei und können daher Raum für Integration sein. In den Kleinstädten gilt die Innenstadt als Aushängeschild, insbesondere bei gut erhaltenen historischen Zentren. Gleichwohl kämpfen Kleinstädte sowohl mit Funktionsverlusten als auch mit dem Problem, dass das Wohnen in historischen Altbauten an Attraktivität verliert (Reimann et al. 2016).

Leerstände bei Gewerbe und Wohnen sind in vielen Innenstadtbereichen der Kleinstädte zu beobachten. Die Gewerbeeinheiten sind oft zu klein für die Anforderungen z.B. der Discounter; Spezialgeschäfte können sich aufgrund der Konkurrenz von großen Einzelhandelszentren auf der „grünen Wiese“ und des wachsenden Online-Handels häufig nicht halten. Das Wohnen in den historischen Altbauten der Innenstadtbereiche wird weniger nachgefragt: Ungünstige Wohnungsgrundrisse, das Fehlen zu den Häusern gehöriger privater Freiflächen, Nutzungskonflikte durch Handel und Tourismus, Stellplatzprobleme sowie hoher baulicher Erhaltungsaufwand – auch durch die Anforderungen des Denkmalschutzes – tragen dazu bei, dass die angestammte Bewohnerschaft vermehrt in neu geschaffene Eigenheim- und Mietwohngebiete am Stadtrand zieht bzw. bereits gezogen ist. In die frei werdenden innerstädtischen Altbauwohnungen ziehen bzw. zogen Bewohnerinnen und Bewohner, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, u.a. Migrantinnen und Migranten. Neubewohner und ältere Menschen prägen im Zuge dieser Entwicklung die Bevölkerungsstruktur vieler Innenstadtbereiche. Mit der veränderten Bevölkerungs- und Nutzungsstruktur verändert sich auch die Wahrnehmung des kleinstädtischen Innenstadtbereichs und die Bedeutung als Repräsentationsort der Kleinstadtgesellschaft kann geschwächt werden.

Über die Städtebauförderung (Programme wie Soziale Stadt, Städtebaulicher Denkmalschutz, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Stadtumbau Ost und Stadtumbau West) wurden viele der Innenstadtbereiche aufgewertet. Es ist jedoch erkennbar, dass positive Effekte nicht allein durch städtebauliche Maßnahmen herbeigeführt werden können, Entwicklungen sind erfolgreicher, wenn sie durch sozialintegrative Maßnahmen und Projekte flankiert werden. Damit werden die Themen Wohnen in den städtischen Zentren, sozialräumliche Integration und nachbarschaftliches Zusammenleben zu wichtigen kommunalen Handlungsfeldern.

## Zuwanderung und ihre sozialräumliche Verortung

Das Zuwanderungsgeschehen in den Kommunen hängt stark von deren Rahmenbedingungen ab. Zu diesen zählen: Lage

im Raum, Siedlungsdichte, Größe, Wirtschaftskraft, Funktion, historische Entwicklung und Tradition des Ortes. Bedingt durch die Auswahlkriterien ist der Anteil der Migrationsbevölkerung in den Projektkommunen vergleichsweise hoch und in einigen Fällen mit den Anteilen in Großstädten vergleichbar. Dies gilt auch für die beteiligten ostdeutschen Kommunen im Vergleich zu Ostdeutschland insgesamt, wenngleich ihre Werte im Vergleich zu den westdeutschen Kommunen historisch bedingt wesentlich niedriger sind. Einen überdurchschnittlich hohen Anteil hat z.B. die Stadt Germersheim mit 58% Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Gründe für hohe Anteile Zugewanderter sind eine industriell geprägte Wirtschaftsstruktur (Germersheim, Michelstadt, Mühlacker, Weißenfels) und/oder das Vorhandensein von Universitäten (Germersheim, Ilmenau) sowie im Einzelfall auch eine Grenzlage (Saarlouis).

Das unterschiedliche Zuwanderungsgeschehen zwischen west- und ostdeutschen Kommunen zeigt sich nicht nur bei der Betrachtung der jeweiligen Anteile, sondern auch hinsichtlich der größten Zuwanderungsgruppen. So stellen in den westdeutschen Kommunen in der Regel die Zuwanderer aus der Türkei die größte Gruppe, gefolgt von Zuwanderern aus Kasachstan und der Russischen Föderation, die die Gruppe der (Spät-)Aussiedler repräsentieren. D.h. vor allem die sogenannte Gastarbeitermigration („Gastarbeiter“ und deren Nachkommen) sowie der Zuzug von (Spät-)Aussiedlern seit Anfang der 1990er Jahre prägen die Zuwanderung in westdeutschen Städten. Im Unterschied dazu zählen neben den (Spät-)Aussiedlern vor allem die Geflüchteten (Zuweisungsmigration) zu den prägenden Gruppen in ostdeutschen Kommunen. Eine Ausnahme bildet hier Weißenfels mit einer großen Gruppe Zugewanderter aus Südosteuropa, die in der dortigen Lebensmittelindustrie in der Regel saisonal als Werkvertragsarbeiter beschäftigt sind. Zuwanderung in ostdeutschen Kommunen ist daher häufiger temporär sowie mit unsicherem Aufenthaltsstatus und hoher Fluktuation verbunden.

In dem Projekt gab es die Gelegenheit, bei sechs Kommunen die Einwohnermeldestatistiken durch ein beauftragtes Büro (Demographie Kommunal) nach Nationalitäten, Alter und Familienstand kleinräumig auswerten zu lassen und die Personen mit Migrationshintergrund anhand des Geburtslandes zu bestimmen. Die Ergebnisse wurden durch das Difu in einer Querschau vergleichend ausgewertet. Als kleinste räumliche Einheit dienen in der Regel die Wahlbezirke, die von den Kommunen adressgenau festgelegt worden waren. In der Auswertung wurden die Personen mit Migrationshintergrund zusätzlich getrennt nach Herkunftsländern (Türkei, Russische Föderation), nach wichtigen Hauptherkunftsländern von „Flüchtlingen“ sowie nach mehreren europäischen Herkunftsregionen (Landua/Kirchhoff 2018).

Berechnet wurde in diesem Zusammenhang der „räumliche Segregationsindex (SI)“. Dieser Indikator zeigt, in welchem Ausmaß Personen verschiedener Bevölkerungsgruppen räum-



Stadt:		Migrantengruppen <sup>2</sup> :						
		Insgesamt <sup>3</sup>	Türkei	Russ. Föderation	„Flüchtlinge“ <sup>4</sup>	Westeuropa <sup>2</sup>	Südosteuropa <sup>2</sup>	Osteuropa <sup>2</sup>
Mühlacker	SI:	25,0	26,3	24,7	38,4	17,3	16,8	13,7
Zittau <sup>4</sup>	SI:	25,5	38,1	30,6	30,0	19,8	26,3	19,3
Weißenfels	SI:	54,9	54,3	44,0	56,9	35,5	64,3	58,9
Germersheim	SI:	23,1	27,1	18,8	28,6	24,1	30,8	16,5
Michelstadt	SI:	26,9	31,3	28,7	26,4	16,1	26,5	13,4
Steinfurt	SI:	18,8	25,2	29,0	32,1	10,5	24,5	18,9

Tab. 1: Segregation<sup>1</sup> von Personen mit Migrationshintergrund (nur Personen mit Hauptwohnsitz) nach Wahlbezirken

lich konzentriert in bestimmten politisch-administrativen Raumeinheiten (in Städten, Stadtteilen usw.) leben. Der Segregationsindex gibt also einen Überblick über die Verteilung eines Merkmals in der Stadt. Je höher der Wert, desto ungleicher ist das Merkmal über die Stadt verteilt.

Tabelle 1 zeigt für einzelne Projektkommunen das Ausmaß ethnischer Segregation, das heißt die ungleiche Verteilung einzelner Bevölkerungsgruppen im Städtevergleich. Die räumliche Segregation von Personen mit Migrationshintergrund weist dabei große Schwankungen auf. Die Werte einzelner Städte liegen weit auseinander: zwischen 18,8 in Steinfurt und 54,9 in Weißenfels. Dieser hohe Wert in Weißenfels erklärt sich vor allem durch die Konzentration von Personen aus südosteuropäischen Herkunftsländern in wenigen Wohngebieten, die den höchsten SI-Wert von 64,3 erreichen. Es zeigt sich auch, dass türkische Zuwanderer oft stärker segregiert leben als die Gesamtheit aller Migrantinnen und Migranten. Ebenfalls vergleichsweise hohe Segregationswerte zeichnen sich in mehreren Projektkommunen wie Mühlacker oder Steinfurt für Personen aus den Hauptherkunftsländern für „Flüchtlinge“ ab. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die behördlich gesteuerte Unterbringung von Geflüchteten und Asylbewerbern sich hier auf bestimmte Stadträume konzentriert. Überraschend ist der niedrige Segregationswert für die Bevölkerung russischer Herkunft in der Stadt Germersheim. Denn hier sind im loka-

len Sprachgebrauch einige Stadtgebiete weiterhin mit dem Stigma „Russenviertel“ belegt. Laut Auskunft des dortigen Integrationsbeauftragten haben sich die Bewohnerinnen und Bewohner russischer Herkunft mit der zunehmenden Bildung von Wohneigentum über das Stadtgebiet verteilt, was sich in den Daten widerspiegelt.

Sogenannte „ethnische Quartiere“, also Teilräume mit hohem Anteil eines bestimmten ethnischen Hintergrunds in der Bevölkerung, sind in den Projektkommunen eher selten. Nur in Weißenfels ist der maximale Anteil der Bevölkerung aus südosteuropäischen Herkunftsländern in einem Gebiet größer als 30%. Bei der Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund erreicht kein einziges Gebiet einen Bevölkerungsanteil von über 30%. Homogene ethnische Viertel, die von einer Herkunftsgruppe dominiert werden, sind in den Projektkom-

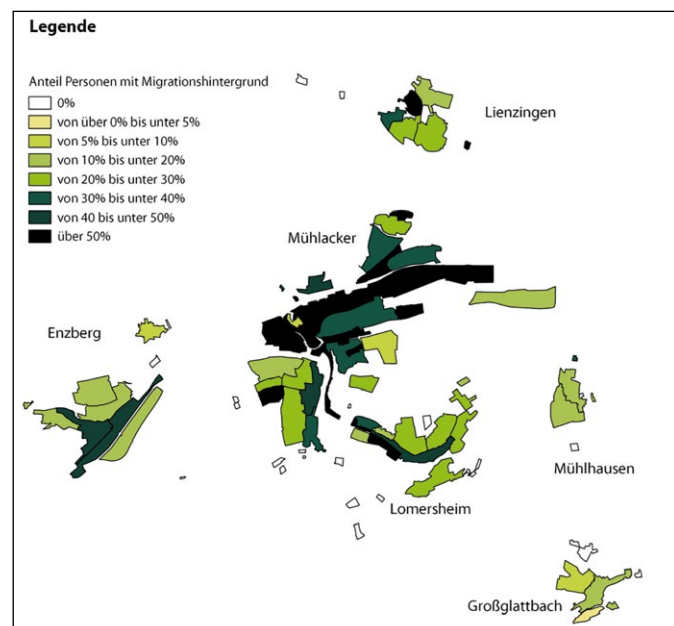


Abb. 2: Verteilung der Zuwanderergruppen in der Stadt Mühlacker (Quelle: Demographie Kommunal 2017 – Ausgewählte Bevölkerungsstrukturdaten der Großen Kreisstadt Mühlacker – unter besonderer Berücksichtigung der Personen mit Migrationshintergrund)

1 1. Der Segregationsindex (SI) misst die ungleiche räumliche Verteilung von Bevölkerungsmerkmalen und drückt diese in einer Zahl für die Gesamtstadt aus. Der Segregationsindex gibt somit einen Überblick über die Verteilung eines Merkmals in der Stadt. Je höher der Wert, desto ungleicher ist das Merkmal über die Stadt verteilt. Er nimmt Werte von 0 bis 100 an, wobei 0 einer völlig gleichmäßigen Verteilung der Teilgruppe über alle Teilräume entspricht. Eine Gruppe hätte in diesem Fall in allen Teilgebieten denselben Anteil an der Gesamtbevölkerung. Konkret entspricht der Segregationsindex dem prozentualen Anteil der Teilgruppe, der umziehen müsste, um eine Gleichverteilung in der Gesamtbevölkerung zu erreichen.

2. Einteilung der Einzelgruppen erfolgt anhand der Merkmale „erste Staatsangehörigkeit“ und „Geburtsland“.

3. Umfasst alle Personen mit Migrationshintergrund (siehe Definition der vier Migrantengruppen).

4. Berechnet nach Stadtvierteln.



Kommunen	Anteil Bevölkerung mit MH*	Anteil mit MH* Innenstadt	Ausländer Innenstadt	Deutsche mit MH* Innenstadt	Deutsche ohne MH* Innenstadt
alle Angaben in Prozent					
Germersheim	58,1	63,2	57,1	6,1	36,8
Michelstadt	30,0	29,0	24,4	4,6	71,0
Mühlacker	36,6	57,5	49,2	8,2	42,5
Steinfurt	19,6	21,9	18,3	3,6	78,1
Weißenfels	12,7	18,8	17,3	1,5	81,2
Zittau	7,6	17,5	15,9	1,6	82,5

Tab. 2: Verteilung von Migrantengruppen in der Innenstadt (\*MH = Migrationshintergrund)

munen also nicht vorzufinden. Diese Ergebnisse bestätigen die von Söhn/Schönwälder (2007) anhand der Auswertung kommunaler Statistiken aus 33 Großstädten und der „Innerstädtischen Raumbewertung“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung vorgelegten Untersuchungsergebnisse. Demnach ist das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in gemischten Quartieren auch in Städten mit hohen Zuwandereranteilen für Deutschland typisch. In keiner der von ihnen betrachteten Gebietseinheiten stellte eine einzelne Nationalität mehr als 40% der Bevölkerung (vgl. ebenda, S. 81).

Im Rahmen der Auswertung wurde die Situation der Innenstädte<sup>2</sup> gesondert betrachtet und der Frage nachgegangen, ob es eine Konzentration Zugewanderter in den Innenstädten gibt und ob bestimmte Herkunftsgruppen die Innenstadt als Wohnstandort präferieren. Zunächst konnte dabei festgestellt werden, dass es eine Konzentration von Zuwanderern in den Kernstädten gibt. Zuwanderer sind in den eingemeindeten Ortsteilen sehr viel weniger präsent. Dies verdeutlicht beispielhaft die Übersichtskarte für die Stadt Mühlacker.

Die vorliegenden Befunde (Tab. 2) bestätigen Ergebnisse aus Vorgängerstudien, die eine Konzentration von Zuwanderern in den Innenstadtbereichen von Klein- und Mittelstädten belegen (vgl. Schader-Stiftung 2011, S. 156). Allerdings finden sich in Germersheim, Steinfurt und Weißenfels vergleichbar hohe Anteile an Zugewanderten auch in anderen Stadtteilen. Auffällig ist, dass in den Innenstädten sich diejenigen Zuwanderer konzentrieren, die weiterhin über einen ausländischen Pass verfügen. In Germersheim und Mühlacker machen Ausländer etwa die Hälfte der Bevölkerung der Innenstadt aus. Migrantinnen und Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft lassen sich demgegenüber tendenziell

eher in Wohngebieten außerhalb der Innenstädte nieder und hier häufig in größeren Neubaumietwohnungsbeständen.

Differenziert nach einzelnen Nationalitäten bestätigt sich, dass türkische Zugewanderte in den westdeutschen Städten die Innenstädte als Wohnstandort präferieren. Gleiches gilt für die beiden ostdeutschen Städte hinsichtlich des hohen Anteils an Migrantinnen und Migranten aus südosteuropäischen Herkunftsländern. Auffällig ist weiterhin, dass der Anteil von Zugewanderten aus Syrien in den Innenstädten mehrerer Städte deutlich höher liegt als im gesamtstädtischen Durchschnitt. Dies ist in den westdeutschen Städten Mühlacker und Germersheim sowie in den ostdeutschen Städten Zittau und Weißenfels der Fall. Geflüchtete wurden in diesen Städten häufig in Unterkünften in der Innenstadt untergebracht. Die meisten Städte haben dabei bewusst auf eine dezentrale Unterbringung auch in Wohnungen gesetzt, um die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Geflüchteten zu erhöhen und damit den Integrationsprozess zu fördern.

## Innenstädte als Orte der Begegnung und Integration?

Im Rahmen der Untersuchung wurde deutlich, dass die Innenstädte der beteiligten Kommunen von großer Bedeutung für die Identität ihrer Stadtbevölkerung sind. Die Ausdünnung der Einzelhandelsangebote, Kaufkraftverluste und zunehmende Leerstände verringern jedoch die Aufenthaltsqualität vieler Innenstädte. Folgen sind eine abnehmende Verweildauer und eine Verödung der Innenstädte, die sich in einigen Städten abzeichnet (Kirchhoff 2018).

Auch wenn ein Großteil der Kommunen die Innenstädte über bauliche Maßnahmen in den letzten Jahren aufgewertet hat, so empfinden viele der Gesprächspartner in den beteiligten Projektkommunen die Innenstadt dennoch als zu wenig le-

<sup>2</sup> Die räumliche Abgrenzung der Innenstädte erfolgte dabei überwiegend anhand der Raumbegrenzungen der vorliegenden Einwohnermeldedaten. Für Steinfurt wurde eine nach Straßen sortierte Eingrenzung der Innenstadt vorgenommen.



bendig und insbesondere für junge Menschen zu wenig attraktiv. Es fehlten vor allem Anlässe zum Besuch der Innenstädte, so dass die Innenstadt ihre Bedeutung als Treffpunkt und Begegnungsraum verliert. Der Einzelhandel als Zugpferd sei zu schwach (Zittau), es fehlten sowohl attraktive gastronomische Angebote (Ilmenau) als auch informelle Begegnungsorte und Treffpunkte für die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Gruppen. Doch es gibt Unterschiede: In einigen Städten haben die Innenstädte mit ihrer historischen Bausubstanz weiterhin eine große Anziehungskraft für die Stadtbevölkerung und zudem viel touristisches Potenzial. Attraktive Kultur- und gastronomische Angebote tragen maßgeblich zur Lebendigkeit der Innenstädte bei (Goslar, Michelstadt, Saarlouis). Obwohl auch in diesen Städten der Einzelhandel unter Druck steht, sind sie weiterhin gut besucht.

Das Wohnen in den Innenstädten ist bezogen auf die Gebäudesubstanz und Nutzbarkeit von unterschiedlicher Qualität. So sind beispielsweise in Michelstadt und Steinfurt die Innenstädte als Wohnstandorte weiterhin stark nachgefragt und es bestehen Überlegungen, die Umwandlung leerstehender Gewerbeeinheiten in Wohnungen zu ermöglichen. Der Zuzug von Migrantinnen und Migranten in die Innenstädte wird in den Projektkommunen jedoch zum Teil eher ambivalent bewertet. Kritisiert wurden beispielsweise die geringe Investitionsneigung nichtdeutscher Immobilienbesitzer in die Gebäudesubstanz und damit einhergehende Downgrading-Effekte in bestimmten Stadträumen (Germersheim, Mühlacker). Befürchtet wurden durch den verstärkten Zuzug von Migrantinnen und Migranten zum Teil auch ein Ansehensverlust der Innenstadt als Einzelhandels- und Wohnstandort sowie ein Negativimage bei möglichen Investoren (Weißenfels).

Prinzipiell könnte die Zuwanderung für die Entwicklung der Innenstädte durchaus positive Impulse setzen. Sie kann die Wohnfunktion stärken und Angebote der ethnischen Ökonomie können sowohl zur Lebendigkeit der Innenstädte als auch zu einer Verbesserung der Nahversorgung beitragen. Die Städte müssten daher zum einen Zuwanderung und die damit verbundenen Veränderungen als Realität anerkennen und die Zugewanderten durch niedrigschwellige Beteiligungsangebote stärker in ihre Stadtentwicklungsstrategien einbinden. Zum anderen müssten die Städte mehr kulturelle Angebote schaffen (u.a. Stadtfeste, größere Kultur-Events), aber auch alternative Nutzungsangebote, um die Lebendigkeit der Innenstädte zu erhöhen. So könnten soziale und kulturelle Zwischennutzungsangebote die Aneignung der Innenstadt insbesondere durch junge und kreative Nutzergruppen ermöglichen. Kuratierte Treffpunkte und Begegnungsorte (z.B. Nachbarschafts- oder Familienzentren) könnten die Integration durch organisierte Begegnung und Kommunikation fördern. Eine weitere Aufgabe besteht in der Weiterentwicklung der Grünräume, der zentralen öffentlichen Plätze und der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt insgesamt, um die Innenstadt als Treffpunkt und Begegnungsort nachhaltig zu qualifizieren. Diese Aufga-

ben könnten durch den Einsatz eines Zentrums- oder Quartiermanagements unterstützt werden.

Dipl.-Soz. Gudrun Kirchhoff  
Projektleiterin im Forschungsbereich Stadtentwicklung,  
Recht und Soziales, Deutsches Institut für Urbanistik  
gGmbH, Berlin

## Quellen:

Demographie Kommunal (2017): Ausgewählte Bevölkerungsstrukturdaten der Großen Kreisstadt Mühlacker (unter besonderer Berücksichtigung der Personen mit Migrationshintergrund). Unveröffentlichter Bericht.

Kirchhoff, Gudrun (2018): Orte der Begegnung – Impulse zur Förderung der sozialräumlichen Integration, in: Reimann, Bettina/Kirchhoff, Gudrun/Pätzold, Ricarda/Strauss, Wolf-Christian (2018a): Vielfalt gestalten – Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Edition Difu Stadt Forschung Praxis, Band 17, Berlin.

Landua, Detlef/Kirchhoff, Gudrun (2018): Sozialräumliche Segregation in Klein- und Mittelstädten? Erkenntnisse aus den Projektkommunen, in: Reimann, Bettina/Kirchhoff, Gudrun/Pätzold, Ricarda/Strauss, Wolf-Christian (2018a): Vielfalt gestalten – Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Edition Difu Stadt Forschung Praxis, Band 17, Berlin.

Reimann, Bettina/Kirchhoff, Gudrun/Pätzold, Ricarda/Strauss, Wolf-Christian (2018a): Vielfalt gestalten – Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Edition Difu Stadt Forschung Praxis, Band 17, Berlin.

Reimann, Bettina/Kirchhoff, Gudrun/Pätzold, Ricarda/Strauss, Wolf-Christian (2018b): „Stadt und Integration gestalten“ – Die Projektkommunen. Fallstudienbericht des Forschungs-Praxis-Projekts „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“, Berlin.

Reimann, Bettina/Kirchhoff, Gudrun/Pätzold, Ricarda/Strauss, Wolf-Christian (2016): Forschungs-Praxis-Projekt: Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe. Erster Zwischenbericht, Berlin.

Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts, Darmstadt.

Söhn, Janina/Schönwälder, Karen und unter Mitarbeit von Nadine Schmid (2007): Siedlungsstrukturen von Migrantengruppen in Deutschland: Schwerpunkte der Ansiedlung und innerstädtische Konzentrationen, WZB Discussion Paper Nr. SP IV 2007-601. Veröffentlichung der Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.